

Die Wiederherstellung des Rechts, Waffen zu tragen: New York State Rifle and Pistol Association v. Bruen

Artikel für die [Cato Supreme Court Review](#)

[David Kopel](#) | Reason Magazine, 9. August 2022

Wer von uns wartet nicht sehnsüchtig auf die Veröffentlichung der alljährlichen Cato Supreme Court Review am 16. September? Zu den Artikeln, auf deren Lektüre ich mich freue, gehören der von Ilya Somin vom [VC](#) über die Impfpflichtfälle und jener von Jonathan Adler über *West Virginia v. E.P.A.* Wenn Sie über die bahnbrechende Entscheidung des [Obersten Gerichtshofs](#) zum [Second Amendment](#) lesen wollen, müssen Sie nicht länger warten. Mein Cato-Artikel [Restoring the right to bear arms: New York State Rifle and Pistol Association v. Bruen](#) ist jetzt auf SSRN.com verfügbar.

Die Teile I und II des Artikels fassen den Hintergrund von *Bruen* zusammen. Nachdem der Oberste Gerichtshof 1939 in der Rechtssache [United States v. Miller](#) die Nichtigkeitsklage eines Bankräubers gegen ein bundesstaatliches Steuer- und Registrierungssystem für abgesägte Schrotflinten abgewiesen hatte, ignorierte der Gerichtshof in den folgenden Jahrzehnten den Zweiten Verfassungszusatz weitgehend. In mehreren Urteilen wurde das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, zwar beiläufig erwähnt und als normales verfassungsmäßiges Recht behandelt, aber der Gerichtshof hat in dieser Angelegenheit keine Fälle angenommen.

Ab den späten 1980er Jahren begann der Gerichtshof, Fälle anzunehmen, die die Rechte von Waffenbesitzern betrafen und entschied sie positiv – aber diese Fälle drehten sich um die Auslegung von Gesetzen, Verwaltungsrecht oder Föderalismusfragen, nicht aber um das Second Amendment.

In der Föderalismus-Entscheidung [Printz v. United States](#) im Jahr 1997, in der festgestellt wurde, dass der Kongress die lokalen Behörden nicht dazu zwingen kann, eine bundesweite Zuverlässigkeitsüberprüfung bei Käufern von Kurzwaffen durchzuführen, schrieb [Richter Thomas](#) ein zustimmendes Sondervotum, um das Second Amendment anzusprechen. Nach einem Überblick über die aktuelle Forschung schrieb er: „Vielleicht wird dieses Gericht zu einem späteren Zeitpunkt die Gelegenheit haben, festzustellen, ob [Richter Story](#) Recht hatte, als er schrieb, dass das Recht, Waffen zu tragen, „zu Recht als der Schutzschild der Freiheiten einer Republik angesehen wird“.

Der Supreme Court tat genau das im Jahr 2008 in der Rechtssache [District of Columbia v. Heller](#), in der er entschied, dass der District weder Kurzwaffen verbieten noch den Besitz von geladenen Schusswaffen in der Wohnung untersagen kann. Im Jahr 2010 folgte er mit

dem Urteil [McDonald v. City of Chicago](#), in dem er entschied, dass der Vierzehnte Verfassungszusatz den Zweiten Verfassungszusatz – wie fast alle anderen Teile der [Bill of Rights](#) – gegen Bundesstaaten und Kommunalverwaltungen durchsetzbar macht.

Doch dann verfiel der Gerichtshof wieder in eine Ruhephase. In vielen Zulassungsanträgen wurde dargelegt, wie die unteren Gerichte *Heller* und *McDonald* missachteten. Aber nur einem solchen [Certiorari](#)-Gesuch wurde stattgegeben. Im Fall *Caetano v. Massachusetts* wurde 2016 in einer [per-curiam](#)-Entscheidung ein Urteil angenommen, aufgehoben und zurückverwiesen, welches ein Verbot für Elektroschocker aufrecht erhielt. Wie der Supreme Court feststellte, widersprach die Begründung des Obersten Gerichtshofs von Massachusetts den *Heller'schen* Regeln für das Second Amendment in krasser Weise. Das Gleiche galt für zahlreiche andere Fälle der unteren Instanzen, doch Certiorari wurde nicht gewährt.

In seinen ablehnenden Sondervoten in *Heller* und *McDonald* hatte [Richter Breyer](#) argumentiert, dass Fälle, die den Zweiten Verfassungszusatz betreffen, auf der Grundlage einer – wie er es nannte – „Interessenabwägung“ geprüft werden sollten. Und genau das taten viele Gerichte der unteren Instanzen; obwohl sie es „[intermediate scrutiny](#)“ [im amerik. VerfR der mittlere Prüfungsstandard zwischen rational basis review und strict scrutiny, Anm. d. Übers.] nannten, ließen sie oft die in Intermediate Scrutiny enthaltenen Zwischenprüfungen weg.

Beispielsweise müssen die Gerichte für die Intermediate Scrutiny-Prüfung die von beiden Seiten vorgelegten Pro- und Contra-Beweise prüfen. Manchmal haben die Gerichte jedoch nur geprüft, ob die Regierung Beweise vorgelegt hat, die eine Einschränkung stützen. Wenn die Regierung dieser leichten Aufgabe nachkam, gewann sie – ohne Rücksicht auf die Gegenbeweise der anderen Seite.

„[Richter Breyers Triumph in der dritten Schlacht um das Second Amendment](#)“ war der treffende Titel einer Zusammenschau von Post-*Heller*-Fällen durch Rechtsprofessor Allen Rostron von der Universität von Kansas City (Missouri), einem ehemaligen Anwalt für Handgun Control, Inc. (heute [Brady Center](#)). 80 Geo. Wash. L. Rev. 703 (2012).

Senatoren schicken dem Supreme Court einen Drohbrief

Der Oberste Gerichtshof erreichte einen Tiefstpunkt, nachdem er für eine bizarre Verordnung der Stadt New York, die es Besitzern von Kurzwaffen mit Waffenbesitzerlaubnis verbot, ihre Waffen aus der Stadt herauszubringen, z. B. zu einem Schießstand in New Jersey oder in eine Zweitwohnung, Certiorari gewährt hatte. Das [Zweite Bundesberufungsgericht](#) hatte die Verordnung als wahrscheinlich nicht relevant für das Second Amendment abgetan. Selbst wenn, [arguendo](#), der Zweite Verfassungszusatz betroffen wäre, genüge die Stadtverwaltung ihrer Beweislast mit der spekulativen eidesstattlichen Erklärung eines Polizeibeamten wegen Verkehrsrowdytums. Und das ohne dass ein

einziges Fehlverhalten eines New Yorkers, der eine ungeladene, verschlossene Kurzwaffe transportierte, nachgewiesen werden konnte.

Nachdem der Oberste Gerichtshof Certiorari bewilligte, beantragte und erhielt die Stadt eine Fristverlängerung, die es der Stadt und dem Staat ermöglichte, das Gesetz zu überarbeiten, so dass die Kläger zwar einige, aber nicht alle von ihnen geforderten Erleichterungen erhielten. In der Hauptsacheverhandlung schickten fünf demokratische US-Senatoren – Sheldon Whitehouse (Rhode Island), Mazie Hirono (Hawaii), Richard Blumenthal (Connecticut), Richard Durbin (Illinois) und Kirsten Gillibrand (New York) – dem Gericht ein Drohschreiben in Form eines Amicus-Schriftsatzes. Sie warnten, dass sie das Gericht „umstrukturieren“ würden, wenn der Oberste Gerichtshof den Fall nicht als erledigt abweist.

Aus welchen Gründen auch immer, der Gerichtshof tat dies später in einer 6:3 per curiam Entscheidung. Einen Monat nach dieser Abweisung lehnte der Gerichtshof alle zehn anhängigen Certiorari-Gesuche zum Second Amendment ab. Laut CNN hatte der [vorsitzende Richter Roberts](#) seinen vier Kollegen, die das Second Amendment unterstützen, signalisiert, dass er im Falle ihrer Certiorari-Bewilligung in der Hauptverhandlung für die Aufrechterhaltung der waffenfeindlichen Gesetze stimmen könnte.

***Bruen* beendet die Passivität des Supreme Courts**

Die Dinge änderten sich, als Richterin [Amy Coney Barrett](#) an den Gerichtshof kam. Mit der Entscheidung in der Rechtssache *Bruen* änderten sich die Dinge noch mehr. Der Gerichtshof wies den Breyer'schen Lösungsansatz der unteren Gerichte zurück. *Heller* und *McDonald* hatten bereits gezeigt, wie der Gerichtshof Gesetze zur Waffenkontrolle auf der Grundlage des Wortlauts bewertet, der durch die historische Tradition vermittelt wird. Diesmal wies der Gerichtshof die unteren Gerichte ausdrücklich an, der Methodik der *Heller*-Mehrheit zu folgen, und nicht der *Heller*-Minderheit.

Der größte Teil des Cato-Artikels beschreibt die *Bruen*-Regeln für die Entscheidung von Fällen. An erster Stelle steht:

Wenn der klare Wortlaut des Second Amendments das Verhalten einer Person schützt, schützt die Verfassung dieses Verhalten vermutlich. Die Regierung muss dann ihre Gesetzgebung begründen, indem sie nachweist, dass sie mit der historischen Tradition der Nation bei der Regulierung von Schusswaffen übereinstimmt.

Die Regierung „muss ausdrücklich belegen, dass ihre Schusswaffenregelung Teil der historischen Tradition ist, die die äußeren Grenzen des Rechts, Waffen zu besitzen und zu tragen, absteckt“.

Richter sollten weder eine Interessenabwägung vornehmen, noch sollten sie sich der Interessenabwägung des Gesetzgebers beugen. Die Interessenabwägung wurde von den Bürgern selbst vorgenommen, als sie das Second Amendment verabschiedeten. So steht es in *Heller*, *McDonald* und *Bruen*.

Bei der Betrachtung der „historischen Tradition der Nation bezüglich der Regulierung von Schusswaffen ... ist nicht alle Geschichte gleich“. Am wichtigsten ist die [Gründerzeit](#) [die Jahre vor und nach 1776, Anm. d. Übers.]. Für den Vierzehnten Verfassungszusatz ist dies die [Reconstruction](#)-Zeit. Beide sind für den Zweiten Verfassungszusatz von großer Bedeutung, da der Vierzehnte Verfassungszusatz zum Teil dazu gedacht war, den Zweiten vollständig zur Wirkung zu bringen.

Alte englische Praktiken, die lange vor der amerikanischen Unabhängigkeit endeten, sind von geringer Bedeutung. Die Geschichte nach der Ratifizierung ist „sekundär“; sie kann das ursprüngliche allgemeine Verständnis bestätigen oder erhellen, aber nicht widerlegen oder außer Kraft setzen. Das späte neunzehnte Jahrhundert ist nicht irrelevant, aber es ist weniger relevant als jeder vorangegangene Teil der amerikanischen Geschichte. Was das zwanzigste Jahrhundert betrifft, so ist es zu diesem Zeitpunkt viel zu spät, um eine neue „historische Tradition“ zu begründen, die den Text des Zweiten Verfassungszusatzes außer Kraft setzen könnte.

Wie man Analogien herstellt

Moderne Waffengesetze müssen keine „Zwillinge“ der historischen Tradition sein. Strukturierte Analogien können zu Gesetzen hergestellt werden, die „in relevanter Weise ähnlich“ sind. *Bruen* gibt nicht vor, „erschöpfend“ zu definieren, wie Richter die Ähnlichkeit betrachten sollen. Stattdessen erklärt *Bruen*, dass *Heller* und *McDonald* auf „mindestens zwei Kriterien hinweisen: wie und warum die Gesetze das Recht eines gesetzestreuen Bürgers auf bewaffnete Selbstverteidigung einschränken“.

„Wie“ bedeutet: „ob moderne und historische Regelungen eine vergleichbare Belastung für das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung darstellen“.

„Warum“ bedeutet: „ob diese Belastung vergleichbar gerechtfertigt ist“.

Das zweite Kriterium, das „Warum“, ist immens wichtig. Dadurch wird verhindert, dass historische, belastende Gesetze, die zu einem bestimmten Zweck erlassen wurden, als Vorwand verwendet werden, um Belastungen für andere Zwecke aufzuerlegen. So schreibt Mark Frassetto, ein Anwalt von [Everytown for Gun Safety](#), „Miliz- und Brandschutzgesetze haben die Waffenbesitzer der Gründerzeit erheblich belastet“. Seiner Ansicht nach sollten die Gerichte Gesetze aufrechterhalten, die „unabhängig von der zugrundeliegenden Motivation für die Regulierung“ ebenso erhebliche Belastungen auferlegen. Mark Frassetto, [The Duty to Bear Arms: Historical Militia Law, Fire Prevention Law, and the Modern Second Amendment](#), in *New Histories of Gun Rights and Regulation: Essays on the Place*

of Guns in American Law and Society (Jacob Charles, Joseph Blocher & Darrell Miller eds.) (Oxford Univ. Pr. forthcoming).

Bruen verbietet diese Methodik ausdrücklich.

Neben diesen beiden zentralen Selbstverteidigungs-„Messgrößen“ aus *Heller* und *McDonald* gibt es sicherlich noch weitere. Wie in beiden Fällen festgestellt wurde, gilt das Recht auf Waffen für alle „rechtmäßigen Zwecke“. So sind beispielsweise Freizeitaktivitäten mit Waffen, wie die Jagd oder das Sportschießen, an sich Teil des Rechts. Außerdem vermitteln sie Fähigkeiten zur Selbst- und Fremdverteidigung.

Der Cato-Artikel befasst sich noch mit anderen Fragen, den drei zustimmenden Sondervoten zu *Bruen* sowie dem ablehnenden Sondervotum und mit der Reaktion der sechs betroffenen Bundesstaaten. Bislang leistet nur New York massiven Widerstand mit einem neuen Gesetz, das das Tragen von Waffen mit Waffenschein fast überall verbietet. Nach der Beschreibung von Gouverneurin [Kathy Hochul](#), die das Gesetz unterzeichnete, sind die einzigen Orte, an denen das Tragen von Waffen mit Waffenschein erlaubt ist, „wahrscheinlich einige Straßen“.

Die Zurückverweisungen

Eine Woche nach *Bruen* hat der Supreme Court vier weitere Fälle angenommen, für nichtig erklärt und zur erneuten Prüfung unter Berücksichtigung von *Bruen* zurückverwiesen. In einem Fall ging es um das Tragen von Waffen, der durch *Bruen* erledigt wurde. In zwei Fällen ging es um Gesetze zur Beschlagnahme von Magazinen in Kalifornien und New Jersey. Der dritte Fall betraf das in Maryland geltende Verbot von sehr gängigen Gewehrtypen.

Ich denke, dass solche Gesetze im Hinblick auf *Bruen* auf ernste Probleme stoßen werden. Die einzigen amerikanischen Präzedenzfälle für Verbote von bestimmten Waffentypen vor 1900 stammen aus der [Jim Crow](#)-Zeit: Verbote für verdeckt tragbare Kurz Waffen in Tennessee und Arkansas sowie ein Gesetz aus Florida aus dem Jahr 1893, das eine exorbitant teure Erlaubnis für den Besitz eines „Winchester-Gewehrs oder eines anderen Repetiergewehrs“ vorsah. Solche Gewehre waren zuvor von Schwarzen in Florida und anderswo verwendet worden, um Lynchmobs abzuschrecken. Ein zustimmendes Sondervotum in einem Fall des Obersten Gerichtshofs von Florida aus dem Jahr 1943 macht folgenden Hinweis:

Das Gesetz war nie dazu gedacht, auf die weiße Bevölkerung angewandt zu werden, und ist in der Praxis auch nie so angewandt worden. . . . Meines Wissens hat es nie Bemühungen gegeben, die Bestimmungen dieses Gesetzes auf die weiße Bevölkerung anzuwenden, weil allgemein eingeräumt wurde, dass es gegen die Verfassung verstößt und im Falle einer Anfechtung nicht durchsetzbar wäre.

Zum Schluss möchte ich noch mutmaßen, wie einige Waffenkontrollgesetze beim *Bruen*-Test abschneiden könnten. Am problematischsten dürften die Verbote von Langwaffen für junge Erwachsene (18 bis 20) und das kalifornische Verbot aller neuen Modelle halbautomatischer Pistolen seit 2013 sein.

David Kopel ist Forschungsdirektor am [Independence Institute](#).

Die Links im Artikel wurden größtenteils durch den Übersetzer eingefügt.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**Restoring the right to bear arms, New York State Rifle and Pistol Association v. Bruen**“ kann man hier abrufen:

<https://reason.com/volokh/2022/08/09/cato-supreme-court-review-explains-doctrine-and-background-of-new-supreme-court-rules-for-the-second-amendment/>